

POSITIONSPAPIER

**VERBRAUCHERSCHUTZ  
FÜR SENIOREN –  
TEILHABE SICHERN**

WIR SETZEN UNS  
FÜR SIE EIN

**CDU** RHEINLAND-  
PFALZ



Ältere Menschen haben besondere Ansprüche an Qualität, Handhabung und Beratung. Viele Warenangebote und Dienstleistungen stellen ältere Verbraucher in ihrem Alltag vor große Probleme: kaum überschaubare Produktpaletten oder zu komplizierte Gebrauchsanweisungen. Ältere Menschen fühlen sich in Verkaufssituationen vermehrt nicht ernst genommen und sind sogar als Kreditnehmer unerwünscht.

Reichen die gesetzlichen Vorgaben aus? Welche Anforderungen stellen ältere Menschen an Anbieter von Produkten und Dienstleistungen? Wie können Verbraucherorganisationen mit Informationen und Beratung die Zielgruppe besser erreichen? Was kann und muss die Politik leisten, um die Teilhabe von älteren Bürgern zu stärken?

Für die CDU Rheinland-Pfalz ist und bleibt Seniorenpolitik eine Frage der Generationengerechtigkeit – auch mit Blick auf den Arbeitsmarkt, die Gesundheitsversorgung oder Wohnbedingungen.

Wir setzen uns für Sie ein!

Ihre



Julia Klöckner, MdB  
Spitzenkandidatin der CDU Rheinland-Pfalz

[www.juliakloeckner.de](http://www.juliakloeckner.de)

---

## //INHALT

<b>GESELLSCHAFT IM WANDEL</b> .....	<b>04</b>
<b>NEUE BEDÜRFNISSE ERKENNEN</b> .....	<b>05</b>
<b>MIT DIENSTLEISTUNG PUNKTEN</b> .....	<b>05</b>
<b>TEILHABE SICHERN</b> .....	<b>06</b>
<b>SPRACHE UND DIGITALE KOMPETENZ</b> .....	<b>07</b>
UNVERSTÄNDLICHE ANGLIZISMEN UND WORTSCHÖPFUNGEN	
KENNZEICHNUNG	
INTERNETSICHERHEIT UND TELEFONWERBUNG	
<b>FINANZDIENSTLEISTUNGEN</b> .....	<b>09</b>
<b>MOBILITÄT</b> .....	<b>09</b>
BAHNREISEN / FLUGREISEN / ÖPNV	
<b>ERHALT DER SELBSTSTÄNDIGKEIT</b> .....	<b>10</b>
SENIORENGERECHTE KOMMUNEN	
ARZNEIMITTEL / GESUNDHEIT	
AUSBAU DER PFLEGE- UND DER ÄRZTLICHEN VERSORGUNG	
<b>ARBEITSWELT</b> .....	<b>12</b>
BESCHÄFTIGUNG BIS ZUM ERREICHEN DES RENTENALTERS	
ÜBERGANG VON DER ERWERBSTÄTIGKEIT IN DEN RUHESTAND	
<b>GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE TEILHABE</b> .....	<b>13</b>
<b>FAZIT</b> .....	<b>13</b>

Wenn wir im Folgenden von Senioren sprechen, dann verstehen wir darunter eine Altersgruppe, die genau so unterschiedlich ist wie jede andere Altersgruppe. Im Gegensatz zu früher wird Alter heute sehr viel stärker alleine durchlebt. Ältere leben in höherem Maße selbstbestimmt. Dies heißt aber auch, dass sie weniger auf die Hilfe anderer zurückgreifen können. Dies kann Politik nicht durch Gesetze vollkommen abwenden, aber sie kann und muss es berücksichtigen und entsprechend reagieren.

---

## //GESELLSCHAFT IM WANDEL

Unsere Gesellschaft verändert sich. In den kommenden Jahren werden ältere Menschen das Leben in Deutschland immer stärker prägen. Die Lebenserwartung der Menschen steigt stetig, während gleichzeitig weniger Kinder geboren werden. In Rheinland-Pfalz leben heute rund 815.000 Seniorinnen und Senioren. Die Zahl der über 65-Jährigen wird in 2050 bei über einer Million liegen. Laut statistischem Landesamt wird damit der Anteil der über 65-Jährigen in vier Jahrzehnten wohl bei mehr als einem Drittel der rheinland-pfälzischen Bevölkerung liegen.

Ältere Menschen und Hochbetagte wollen entsprechend ihrer Lebensleistung zu Recht im Alltag wertgeschätzt und unterstützt werden, denn Alter geht häufig auch einher mit gesundheitlichen Einschränkungen, Verlust der Mobilität oder eingeschränkter Teilhabe. Viele ältere Menschen werden künftig dagegen präsenter und aktiver sein, denn sie sind fit und engagiert wie nie zuvor. Ältere Menschen betätigen sich ehrenamtlich, bilden sich weiter und gründen sogar Unternehmen. Auch das Lebensgefühl im Alter ändert sich. Wer heute alt wird, sucht nach sinnvollen, erfüllenden Tätigkeiten und fordert als Verbraucher Respekt für die eigenen Bedürfnisse.

## //NEUE BEDÜRFNISSE ERKENNEN

Diese Bedürfnisse und Lebensumstände werden in erheblichem Maße die Anforderungen und Herausforderungen an die Politik beeinflussen. Politik für ältere Menschen darf sich jedoch nicht nur auf das bisher klassische Randthema Seniorenpolitik beschränken. Politik für ältere Menschen ist zugleich eine Frage der Generationengerechtigkeit und somit ein Querschnittsthema, das auch den Gesundheitsbereich, den Arbeitsmarkt, die Familien- und Wirtschaftspolitik prägt.

Unternehmen müssen sich nicht nur auf Veränderungen hinsichtlich Belegschaften und Fachkräftepotenzial einstellen. Auch auf der Kundenseite hat die zunehmende Alterung der Bevölkerung Auswirkungen. So stellen viele Warenangebote und Dienstleistungen ältere Verbraucher in ihrem Alltag vor Probleme. In Verkaufssituationen werden sie oft nicht ernst genommen oder überfordert.

Wir wollen eine unterstützende, generationengerechte Verbraucherpolitik mit einer differenzierten Verbraucherinformation. Die Anforderungen an den Verbraucherschutz müssen sich ändern: Es gilt Stolpersteine und Barrieren zu erkennen und auszuräumen. Davon profitieren nicht nur Senioren, sondern alle Generationen.

---

## //MIT DIENSTLEISTUNG PUNKTEN

Senioren, wie auch andere Gesellschaftsgruppen, sind erfahrene Konsumenten mit besonderen Ansprüchen an Qualität, praktischer Handhabung, Komfort, Service und Beratung. Sie haben in vielen Bereichen einen vermehrten Informations- und speziellen Beratungsbedarf, wünschen sich eine ausgeprägte Berücksichtigung ihrer Interessen und eine gezielte Ansprache sowie verbrauchergerichte Produkte in erreichbarer Nähe.

Zunehmend gibt es Klagen über Betrüger, die bewusst ältere Menschen im Blick

haben. Es gibt große Schattenseiten der Geschäfte mit dem Alter, der klassische Nepp wird neu inszeniert: von Kaffeefahrten, Gewinnversprechen über Haustürsofortgeschäfte bis hin zu unerlaubten Werbeanrufen selbst im Pflegeheim oder Kostenfallen im Internet.

Der Wirtschaftsfaktor Alter ist die Chance für unsere heimischen Unternehmen, Standards zu setzen. Sie können mit durchdachten Produkten und gutem Service punkten. Denn auf eines kann man sich verlassen: Die Konkurrenz schläft nicht. Gerade Japan, das den demografischen Wandel ähnlich intensiv durchlebt wie unser Land, hat die „silberne Ökonomie“ längst entdeckt. Wir regen deshalb eine Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter“ nach dem Vorbild des Bundes an. Diese Initiative verbindet Senioren-, Wirtschafts- und Verbraucherpolitik miteinander. Ziel der Initiative ist es, die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern und entsprechend auf den demografischen Wandel reagieren zu können.

---

## //TEILHABE SICHERN

Die CDU Rheinland-Pfalz rückt auch die älteren Bürgerinnen und Bürger in den Fokus der Verbraucherpolitik und setzt sich für eine stärkere Teilhabe älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger ein! Denn es geht um die Gestaltung des Stand- und Wohnortes Rheinland-Pfalz, um die Sicherung von Arbeitsplätzen, um Innovation und neue Märkte, um die Verbesserung von Qualität und Kompetenz. Es geht um eine große Chance!

## //SPRACHE UND DIGITALE KOMPETENZ

### UNVERSTÄNDLICHE ANGLIZISMEN UND WORTSCHÖPFUNGEN

An Bahnhöfen, an Flughäfen, bei Telekommunikationsangeboten, in Einkaufszentren oder auf Gebrauchsanweisungen für technische Geräte – Anglizismen und komplizierte Wortschöpfungen machen das Leben gerade für Ältere unnötig schwer, gerade dann, wenn eine deutsche Übersetzung komplett fehlt. Vor allem Senioren, deren schulische Bildung das Erlernen von Fremdsprachen noch nicht vorsah, sind davon betroffen.

- Bund, Land und Kommunen müssen als Vorbild vorangehen und in ihrer Bürgerkommunikation verständlich sein. Wegweiser und Orientierungshinweise im öffentlichen Raum müssen immer auch in verständlicher deutscher Sprache vorhanden sein. Die Wirtschaft ist gefordert, die Belange älterer Menschen in ihren Unternehmensstrategien stärker als bisher zu berücksichtigen. Auf Anglizismen und missverständliche Wortschöpfungen etwa bei Gebrauchsanweisungen für technische Geräte oder Telekommunikationsangebote ist weitestgehend zu verzichten. Das, was für den Arzneimittelbereich aus rechtlichen Gründen bereits seit langem gilt, muss auch verstärkt von weiteren Bereichen aufgegriffen werden. In der rheinland-pfälzischen Wirtschaft gibt es bereits viele Vorreiter, gerade im mittelständischen Handwerk.

### KENNZEICHNUNG

Viele Produktaufdrucke, Verpackungsaufschriften, Beipackzettel und Bedienungsanleitungen sind oft zu klein bedruckt, zu unübersichtlich und zu kompliziert. Die Grundpreisangabe von Produkten wird immer wichtiger – aufgrund einer neuen EU-Regelung, die die standardisierten Packungsgrößen aufgehoben hat. Das erschwert gerade älteren Konsumenten den Überblick und somit souveränes Kaufverhalten.

- Die Kennzeichnung muss übersichtlich, einfach und gut lesbar sein. Deshalb unterstützen wir die Bemühungen der Bundesregierung, sich auf europäischer

Ebene auf Mindestschriftgrößen zu einigen. Qualität und Preis des Produktes müssen vergleichbar sein. Die Grundpreisangabe an den Regalen muss größer und besser lesbar werden und in einem klaren Verhältnis zur Endpreisangabe stehen. Sollten Handel und Anbieter hierzu nicht bereit sein, bedarf es einer gesetzlichen Regelung. Wir unterstützen hier die Bemühungen des Bundesverbraucher- und Bundeswirtschaftsministeriums. Ebenso setzen wir auf die im Koalitionsvertrag der christlich-liberalen Koalition angekündigte Einrichtung eines bundesweiten Verbrauchertelefons, das wichtige Lotsen- und Orientierungshilfe bietet. Nicht Bevormundung, sondern Befähigung der Bürgerinnen und Bürger ist uns wichtig.

## **INTERNETSICHERHEIT UND TELEFONWERBUNG**

Das Internet bietet für Seniorinnen und Senioren Informationen und Wissenszugang, Dienstleistungen und Möglichkeiten zur Kontaktpflege. Allerdings gibt es neben diesen Chancen auch Risiken: Unübersichtliche Seiten mit zum Teil schwer lesbarer Schrift, mit versteckten Kosten- und Abofallen oder scheinbar lukrativen Gewinnspielen erschweren Älteren den Umgang mit dem Internet. Viele Seniorinnen und Senioren sind gezielte Opfer von unerwünschter Telefonwerbung und von kostenintensiven Warteschleifen und vorgetäuschten „Servicenummern“.

- Die Wirtschaft ist gefordert, qualifizierte und leicht verständliche Informationen für ältere Verbraucher zu liefern. Es ist zu empfehlen, dass gerade bei Verkaufsseiten im Internet auf die Verstellbarkeit der Schriftgrößen hingewiesen wird. Bund, Land und Kommunen sollten hier mit Vorbild vorangehen. Kostenfallen müssen beseitigt werden, beispielsweise durch ein verpflichtendes Bestätigungsfeld vor jedem Internet-Vertragsabschluss. Warteschleifen dürfen keine Kosten mehr verursachen. Deshalb begrüßen wir die gemeinsame Gesetzesinitiative des Bundeswirtschafts- und des Bundesverbraucherschutzministeriums und fordern alle Bundestagsabgeordneten auf, der anstehenden Novelle des Telekommunikationsgesetzes im Parlament zuzustimmen. Belästigende und gesetzeswidrige Telefonwerbung ist unter strengere Sanktionen zu stellen. Hierzu ist das Bundesgesetz zu überprüfen.

## //FINANZDIENSTLEISTUNGEN

Im Finanzbereich stoßen ältere Verbraucher schnell an Grenzen: Schon ab 60 Jahren ist ein Bankdarlehen schwierig zu erhalten bzw. mit deutlich höheren Zinsen versehen, trotz 1A-Schufa und Sicherheiten. Käufe auf Raten werden ebenfalls seltener angeboten. Gebühren bei Überweisungen am Automaten und für den Schalterservice belasten viele Seniorinnen und Senioren. Ältere gelten hingegen in Finanzgeschäften als verlässlichste Renditebringer für Finanzvermittler. Dies führt immer wieder zum Verkauf unpassender Anlageprodukte mit zu langen Laufzeiten, mit hohem Risiko und zu hohen Kosten. Gerade ältere Leute, die ihr Ersparnis für die zusätzliche Alterssicherung anlegen wollten, mussten Totalverluste durch Lehman-Zertifikate hinnehmen.

- Banken, Sparkassen und Versicherungen sind aufgefordert, eine Ausgrenzung und Benachteiligung der älteren Kunden zu verhindern und z.B. auf immer weitere Servicegebühren bei Nichtinanspruchnahme technischer Neuerungen zu verzichten sowie Risikozuschläge zu minimieren. Im Versicherungsbereich sollten bei gesundheitlichen und finanziellen Voraussetzungen Vertragsbedingungen unabhängig vom Lebensalter verbessert werden.

---

## //MOBILITÄT

### **BAHNREISEN / FLUGREISEN**

Fahrgastreue und Verbraucherschutz bei Flugreisen sind gerade für Seniorinnen und Senioren ein Thema. Nur über Treppen zu erreichende Bahnsteige, zu niedrige oder zu hohe Bahnsteige, unlesbare Platzreservierungen, unübersichtliche oder schlecht erreichbare Fahrkartenautomaten oder zu klein gedruckte Fahrpläne stellen Barrieren dar. Viele Seniorinnen und Senioren sind auf ein gut ausgebautes Nahverkehrs-Netz angewiesen, um mobil zu bleiben.

- Barrieren bei Bahn- und Flugreisen sind zu beseitigen. Die „Schlichtungsstellen“

zur nachhaltigen Durchsetzung von Fahr- und Fluggastrechten sind auszubauen, ohne kostenpflichtige Warteschleifen. Hilfestellungen bei Ein- und Ausstieg sowie bei der Beförderung des mitgeführten Gepäcks sind notwendig.

---

## //ERHALT DER SELBSTSTÄNDIGKEIT

### SENIORENGERECHTE KOMMUNEN

Hürden für Ältere stellen beispielsweise Kopfsteinpflaster, schlecht lesbare Straßennamen und Hausnummern, fehlende Hinweisschilder auf Toiletten, Straßenübergänge, Ampelphasen (Dauer, Ton), Treppen (Handläufe, Markierung der Stufen) und fehlende Sitzbänke dar. Viele Seniorinnen und Senioren sind zudem auf eine haushaltsnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Lebens angewiesen. Umso stärker sind sie von Filialschließungen betroffen.

- Die Kommunen setzen den Rahmen für gute Lebensbedingungen. Barrieren müssen weiter abgebaut und ein positives Lebensumfeld geschaffen werden. Der Wegeausbau ist seniorengerecht zu gestalten. Anreize zur Ansiedlung von Handel und Dienstleistungen für die Bedürfnisse der Älteren sowie Alternativen wie beispielsweise Lieferservices sind zu schaffen und Ehrenamtsinitiativen zu fördern.

### ARZNEIMITTEL / GESUNDHEIT

Verpackungen sind für Ältere vielfach zu kompliziert zu handhaben. Tabletten und Pillen, die halbiert oder geviertelt werden müssen, können nicht eingenommen werden. Das eingestanzte Mindesthaltbarkeitsdatum ist oft nicht erkennbar.

- Arzneimittel sind so zu verpacken, dass sie problemlos von älteren und körperlich beeinträchtigten Patienten eingenommen werden können.

## **AUSBAU DER PFLEGE- UND DER ÄRZTLICHEN VERSORGUNG**

Schon jetzt zeichnen sich Pflegenotstand und mangelnde ärztliche Versorgung insbesondere im ländlichen Raum ab. Qualitätssicherung und Transparenz in der Pflege sind für Verbraucher schwer erkennbar. In vielerlei Hinsicht bestehen bürokratische Hürden. Viele Ältere fühlen sich im Krankheitsfall überfordert. Diese Situation wird sich durch die demografische Entwicklung verschärfen. Vorausberechnungen des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz zufolge wird die Zahl der Pflegebedürftigen im Alter ab 60 Jahren gegenüber 2007 um rund 24.500 auf knapp 113.000 im Jahr 2020 steigen (plus 28 %). Langfristig, bis zum Jahr 2050, dürfte sich diese Zahl sogar mehr als verdoppeln (plus 112 % bzw. plus 99.400 auf 187.900 Pflegebedürftige).

- Dem Pflegenotstand und einer sich abzeichnenden ärztlichen Unterversorgung insbesondere im ländlichen Raum muss dringend entgegengetreten werden! Eine seniorengerechte Gesundheits- und Pflegeversorgung ist sicherzustellen. Prävention und Rehabilitation sind zu stärken, die Seniorenselbsthilfe ist stärker zu fördern, soziale Dienste und Angebote sind seniorengerecht weiterzuentwickeln. Qualität und Transparenz müssen gesichert, Vielfalt gefördert und Mitwirkung und Patientenrechte gestärkt werden. Dazu ist neben einem Landeskrankenhauskonzept ein Landesseniorenkonzept zu erstellen. Um den Pflegebedürftigen so lange wie möglich ein Leben in der gewohnten Umgebung zu ermöglichen, gilt der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Die bestehenden Hilfsangebote müssen besser vernetzt, und die Möglichkeiten, auf individuelle Hilfsbedürfnisse einzugehen, müssen optimiert werden. Für den gesamten Rettungsdienst einschließlich Notarzt muss eine Hilfeleistungsfrist in Rheinland-Pfalz eingeführt werden.

## //ARBEITSWELT

### **BESCHÄFTIGUNG BIS ZUM ERREICHEN DES RENTENALTERS**

Ältere Arbeitssuchende haben aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der dadurch resultierenden Konkurrenz mit anderen Arbeitssuchenden nur geringe Chancen, wieder einen Arbeitsplatz zu finden.

- Beschäftigungschancen für ältere Menschen müssen noch besser genutzt werden. Arbeitgeber sind über die Leistungspotentiale älterer Arbeitnehmer und staatliche Förderungen gezielt von der Landesregierung zu informieren und zu beraten. Die Weiterbildung und Qualifizierung älterer Arbeitnehmer sind im Sinne eines lebenslangen Lernens anzubieten und zu fördern. Durch frühzeitige Arbeitsschutz- und Präventivmaßnahmen sollen die Arbeitnehmer bei ihrer Gesunderhaltung unterstützt werden. Unterstützung muss über eine koordinierte und vernetzte Absprache der beteiligten Ressorts der Landesregierung und der Agentur für Arbeit entstehen.

### **ÜBERGANG VON DER ERWERBSTÄTIGKEIT IN DEN RUHESTAND**

Für viele Menschen stellt der abrupte Wechsel von einem Vollzeitberuf in das Rentnerleben eine harte und auch psychisch zu verkraftende Lebensumstellung dar. Viele sind auch nach 65 bzw. 67 Jahren fit und wünschen sich die Einbeziehung in den Arbeitsmarkt oder das Ehrenamt. Starre Altersgrenzen werden einer alternden Gesellschaft und dem sich abzeichnenden Arbeitskräftemangel nicht mehr gerecht.

- Das Höchstalter für Dienst, Arbeit und Ehrenamt muss überprüft und – wo möglich und gewünscht – flexibilisiert werden.

## //GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE TEILHABE

Seniorinnen und Senioren verfügen über einen großen Erfahrungsschatz. Sie haben oftmals nicht die Möglichkeit, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten weiterzugeben. Gleichzeitig haben sie auch das Bedürfnis, sich neuen Bereichen zuzuwenden und sich weiterzubilden. Ältere sind in politischen Gremien unterrepräsentiert und werden bei für sie relevanten Entscheidungen nicht intensiv genug beteiligt.

→ Ältere Menschen sind in das gesellschaftlich-politische Leben besser zu integrieren. Sie sollen stärker zur politischen Betätigung motiviert und bei für sie relevanten Entscheidungsprozessen eingebunden werden. Wir unterstützen die Gründung eines „Seniorenbundes“, der die Interessen von Seniorinnen und Senioren bündelt und in einen Dialog für ein generationengerechtes Leben in Rheinland-Pfalz einbringt. Dabei muss der Blick auf alle Generationen – auch die, die noch nicht geboren sind – gelegt werden, damit ein gutes, zukunftssträchtiges Miteinander auf festen Füßen steht. Die Verteilung und Erbringung der begrenzten Ressourcen muss ausgewogen sein. Keiner darf zurückgelassen werden.

---

## //FAZIT

### 11 THESEN FÜR EINE SENIORENGERECHTE TEILHABE

Die CDU Rheinland-Pfalz regt eine Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter“ an. Diese Initiative verbindet Senioren-, Wirtschafts- und Verbraucherpolitik miteinander. Ziel der Initiative ist es, die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern und entsprechend auf den demografischen Wandel reagieren zu können. 11 Handlungsfelder für eine seniorenrechtliche Teilhabe sind dabei zu beachten:

1. Bund, Land, Kommunen und Wirtschaft müssen verständlicher in der Bürgerkommunikation werden. Auf Anglizismen und missverständliche Worterschöpfungen muss weitestgehend verzichtet werden, oder sie sind durch eine verständliche deutsche Übersetzung zu ergänzen.
2. Kennzeichnungen und Produktbeschriftungen müssen übersichtlicher, einfacher und besser lesbar werden. Anbieter und Handel sind gefordert, Mindestschriftgrößen auf Verpackungen und eine besser erkennbare Grundpreisangabe an den Regalen einzuführen.
3. Verbrauchertäuschung im Internet muss vorgebeugt werden durch die Einführung eines Bestätigungsfeldes vor jedem Kaufabschluss. Telefonwarte-schleifen müssen kostenfrei und das Gesetz gegen belästigende Telefonwerbung muss überarbeitet werden.
4. Die Benachteiligung älterer Kunden im Bank- und Versicherungsgeschäft muss beendet werden: keine weiteren Servicegebühren bei Nichtinanspruchnahme technischer Neuerungen, keine unbegründbaren Risikozuschläge und keine altersbedingten Ausgrenzungen bei Kreditvergaben.
5. Barrieren bei Bahn- und Flugreisen sind zu beseitigen. Die „Schlichtungsstellen“ zur nachhaltigen Durchsetzung von Fahr- und Fluggastrechten sind auszubauen.
6. Die Kommunen sind angehalten, seniorenrechtliche Unterstützungsangebote zu bündeln und den weiteren Wegebau generationengerecht zu gestalten.
7. Arzneimittel sind so zu verpacken, dass sie problemlos von älteren und körperlich beeinträchtigten Patienten eingenommen werden können.
8. Eine seniorenrechtliche Gesundheits- und Pflegeversorgung ist sicherzustellen. Prävention und Rehabilitation sind zu stärken, die Seniorenselbsthilfe ist zu unterstützen, soziale Dienste und Angebote sind seniorenrecht weiterzuentwickeln. Dazu muss ein Landesseniorenkonzept erstellt werden.

9. Durch frühzeitige Arbeitsschutz- und Präventivmaßnahmen sollen die Arbeitnehmer bei ihrer Gesunderhaltung unterstützt werden. Effektivität und Effizienz müssen über eine koordinierte und vernetzte Absprache der beteiligten Ressorts der Landesregierung und der Agentur für Arbeit entstehen.
10. Das Höchstalter für Dienst, Arbeit und Ehrenamt muss überprüft und – wo möglich und gewünscht – flexibilisiert werden.
11. Ältere Menschen sind in das gesellschaftlich-politische Leben besser zu integrieren. Die Gründung eines „Seniorenbundes“, der die Sichtweisen von Senioren bündelt und in einen Dialog für ein generationengerechtes Leben in Rheinland-Pfalz einbringt, ist zu unterstützen.

**CDU Landesverband Rheinland-Pfalz**

Rheinallee 1a–d, 55116 Mainz

Telefon: 061 31-28 47-0

Telefax: 061 31-28 47-68

info@cdurlp.de

[www.cdurlp.de](http://www.cdurlp.de)

[www.juliakloekner.de](http://www.juliakloekner.de)

WIR SETZEN UNS  
FÜR SIE EIN

**CDU** RHEINLAND-  
PFALZ